

Auf dem Weg zum autoritären Humanismus – Erklärung und Kritik postmoderner Identitätspolitik

Einleitung¹

In den letzten Jahren werden in der Öffentlichkeit verstärkt sog. identitätspolitische Anliegen thematisiert. Prominent zeigt sich dies in der Black Lives Matter- und der Me Too-Bewegung, deren Anliegen von akademisch geprägten Milieus aufgegriffen und weithin sichtbar in die Öffentlichkeit getragen werden. Diese Bewegungen basieren auf einer ausgeprägten Sensibilität gegenüber Ungleichbehandlung und Diskriminierung. Identitätspolitik setzt damit einen wesentlichen Grundimpetus liberaler und aufgeklärter Demokratien fort: gleiche Freiheiten für jedermann.

Ich verfolge in diesem Beitrag zwei Ziele: Zum einen möchte ich einige moralsoziologisch gelagerte Thesen präsentieren, die zur Erklärung von „Identitätspolitik“ dienen können; zum anderen möchte ich auf mit diesem Phänomen verbundene, kontraproduktive Effekte hinweisen, die die Demokratie, die Wissenschaft und den sozialen Frieden gefährden. Lassen Sie mich zunächst einführend die damit verbundene These entwickeln.

Identitäts- oder Teilhabepolitik bedeutet, Georg Auernheimer folgend, den „Kampf einer Minderheit um die Anerkennung des eigenen Selbstverständnisses (...), verbunden mit dem Anspruch auf Anerkennung der eigenen Leistungen für die Gesellschaft.“² Der Begriff wird dabei zum ersten Mal von einer US-amerikanischen Aktivistinnen-Gruppe lesbischer schwarzer Frauen, dem Combahee River Collective, im Jahr 1977 verwendet. In ihrem Mani-

fest ist zu lesen: „Die Fokussierung auf unsere eigene Unterdrückung ist verkörpert in dem Konzept der Identitätspolitik. Wir glauben, dass die profundeste und potentiell radikalste Politik direkt aus unserer eigenen Identität kommt (...).“³ Es geht also bei Identitätspolitik um Gleichachtung und Gleichberechtigung für marginalisierte Bevölkerungskreise wie Homo- und Transsexuelle, People of Colour und Frauen.

Damit ist das Phänomen aber noch nicht erschöpfend beschrieben. Denn mit dessen zunehmender Thematisierung verbindet man insbesondere auch, *wer* und *wie* in den letzten Jahren für sie eintritt: ein akademisch geprägtes, sich selbst als „woke“ beschreibendes Milieu, das überall „Mikro-Aggressionen“, Rassismus und Homophobie vermutet, biologisches Geschlecht für eine „soziale Konstruktion“ hält; gegen „kulturelle Aneignungen“ zu Felde zieht, „Trigger-Warnungen“ und die permanente Angabe der eigenen „Sprecherposition“ fordert, die Welt pauschal in „die Unterdrückten“ und „die Unterdrücker“ einteilt und deren Feindbild der „alte, weiße Cis-Mann“ ist. In diesem Zusammenhang hat sich auch eine Debatte um eine Kultur des Meinungsausschlusses, insbesondere an angelsächsischen Universitäten, aber auch im Bereich der Satire, der Literatur, des Theaters, des Journalismus entzündet; es geht um kontrovers diskutierte Ausladungen von Sprechern oder deren Niederbrüllen, aber auch um eine sog. „Call Out-Culture“ auf Facebook und Twitter, die auf die Beschämung von Sprecher:innen abzielt.

Die liberal-demokratischen Werte der Gleichachtung und Gleichberechtigung scheinen also aufgrund der Art und Weise, wie sie gegenwärtig geltend gemacht werden, in Widerstreit zu anderen liberal-demokratischen Werten wie der Meinungsfreiheit und der Wissenschaftsfreiheit zu treten. Diese Verbindung aus Identitätspolitik und der Gefährdung liberal-demokratischer Werte stellt mein Explanandum dar. Da diese Verbindung nicht unumstritten ist, hier zwei Argumente, warum ich von ihr ausgehe.

Mein erstes Argument: Man sieht an der liberalen Gegenwehr, dass eine „Cancel Culture“ in Öffentlichkeit und Wissenschaft real ist. Der Begriff ist in der Tat auch ein Kampfbegriff der politisch Rechten; und es ist zweifellos so, dass die größte Bedrohung für die freie und offene Gesellschaft von dieser Neuen Rechten ausgeht, wie wir unter anderem in osteuropäischen Ländern sehen können. Die Gegenwehr gegen das Phänomen einer linksidentitären Kultur des Meinungsausschlusses kommt aber keineswegs nur von konservativen, rechten oder rechtsradikalen Kräften, sondern zunehmend auch von linksliberaler Seite sowie von Wissenschaftler:innen wie etwa Steven Pinker, Jonathan Haidt oder John McWhorter.

Am prägnantesten vollzieht sich die Gegenwehr im US-amerikanischen Raum, wo sich die identitätspolitischen Dynamiken am stärksten ausprägen. Ich erinnere an das 2017 veröffentlichte Manifest von Robert George und Cornel West: „Truth Seeking, Democracy, and Freedom of Thought and Expression“; 2020 erschien der „Letter on Justice and Open Debate“ unterzeichnet unter anderem von J.K. Rowling, Salman Rushdie, Margaret Atwood und Noam

Chomsky; Jonathan Haidt gründete die Heterodox Academy, die dem Prinzip der Diskussion heterogener Standpunkte wieder Geltung verschaffen möchte; Helen Pluckrose initiierte ihre „Counterweight“-Initiative auf der Grundlage ihres gemeinsam mit James Lindsey verfassten Buches „Cynical Theories“.⁴ Dort werden die Theorien der „angewandten Postmoderne“ einer gründlichen Kritik unterzogen. Aber auch in Deutschland kommt es bereits zu Reaktionen auf bewusst herbeigeführte Diskursverengungen. 2020 wurde der „Appell für freie Debattenräume“ (gegenwärtig rund 19.000 Unterstützer:innen) sowie das „Netzwerk Wissenschaftsfreiheit“ (gegenwärtig rund 600 Unterzeichner:innen) gegründet. Innerhalb der britischen Gender-Studies entstand das „Network for Gender Critical Academics“. Auch neue Publikationsorgane gibt es auf dem Markt. In dem seit dem Jahr 2021 herausgegebenen „Journal of Controversial Ideas“ ist in der ersten Ausgabe eine Pro-Contra-Diskussion der These „Frauen sind erwachsene weibliche Wesen“ zu finden.⁵ Wenn derartige Thesen einer eigenen Fachzeitschrift bedürfen, scheint es in der Tat ein Problem mit der Wissenschaftsfreiheit zu geben.

Mein zweites Argument: Auch die vorhandenen Studien lassen den Schluss zu, dass es eine Verbindung von Social Justice-Weltbild und demokratiepolitisch bedenklichen Entwicklungen gibt. Seit Paul Lazarsfelds klassischer Studie „The Academic Mind“ aus dem Jahr 1958 zeigt sich immer wieder, dass die politischen Überzeugungen von Wissenschaftler:innen deutlich zur linken und linksliberalen Seite hin ausschlagen; in jüngeren Studien wird das Verhältnis von moderat Linken zu mode-

rat Rechten Professoren in den USA (jeweils nach Selbsteinschätzung) je nach Fachbereich zwischen 1:7 bis 1:20 zugunsten der moderat Linken angegeben.⁶

Ein solches Ungleichgewicht ist freilich nur eine notwendige, aber keine hinreichende Bedingung für eine Kultur des Meinungs-ausschlusses zulasten „konservativer“ Positionen; insgesamt scheint sich aber eine solche insbesondere zwischen den Student:innen und den Dozent:innen in der Tat etabliert zu haben. Dies zeigen für Deutschland Traunmüller und Revers in einer Studie an der Universität Frankfurt. 64 Prozent der befragten Studierenden sind der Ansicht, dass Dozierende, welche die Auffassung vertreten, dass es biologisch bedingte Talent-Unterschiede zwischen Männern und Frauen gibt, keine Lehrerlaubnis an der Universität erhalten sollten.⁷ Die Intoleranz gegenüber Andersmeinenden nimmt dabei zu, wenn sich die Studierenden selbst dem linken Meinungsspektrum zuordnen. In britischen Studien der Institute Civitas und Policy Exchange geben zwischen 40 und 50 Prozent derer, die sich selbst als „fairly right“ einordnen, an, bereits einmal ein feindliches Klima gegenüber ihren Überzeugungen gespürt zu haben. Bei denjenigen, die sich als „centrist“ bzw. „fairly left“ beschreiben sind es nur jeweils 8 bzw. 13 Prozent.⁸

Ich begründe im Folgenden die These, dass sich dieses politische Ungleichgewicht dann in eine linksidentitäre Kultur des Meinungs-ausschlusses verwandelt, wenn drei Bedingungen zugleich gegeben sind: Erstens als notwendige Bedingung der in der Fluchtlinie aufgeklärter Gesellschaften liegende Impetus hin zu mehr Gleichachtung und Gleichberechtigung aller Bürger:innen (1.). Zweitens das wissenschaftsfeindliche, postmoderne Welt-

bild, auf dessen Grundlage die Verwirklichung dieser Normen gegenwärtig eingefordert wird (2.). Und drittens kommen generationenspezifische Effekte im Bereich der Sozialisation und des digitalen Kommunikationsverhaltens hinzu (3.).

1. Das Modernisierungsargument

Im Zeitalter der Aufklärung wurden Normen der rechtlichen Gleichheit aller Menschen formuliert, die schon von eben jenen Aufklärern auf eklatante Weise nicht konsequent beachtet wurden: John Locke begründete die naturrechtliche Vorstellung der Gleichheit aller Menschen und schränkte sie zugleich für Frauen, Bettler und „Knechte“ ein;⁹ und er beteiligte sich selbst an kolonialen Geschäften, durch die er von der Sklaverei profitierte.¹⁰ Kant, der Erfinder des kategorischen Imperativs, stellte eine Theorie der Menschenrassen auf, die zwar von der genetischen Einheit aller Menschheit ausging,¹¹ die aber trotzdem von primitiven Rassismen durchzogen war. So sprach er davon, dass die amerikanischen Ureinwohner „zu schwach für schwere Arbeit, zu gleichgültig für emsige, und unfähig zu aller Kultur“ seien und „noch tief unter dem Neger selbst stehen, welcher doch die niedrigste unter allen übrigen Stufen einnimmt, die wir als Rassenverschiedenheiten genannt haben.“¹² Montesquieu hing einer Klimatheorie an, die in höchst pauschalen Urteilen über andere Völker resultierte: „Einem Russen muß man die Haut abziehen, wenn man ihm Gefühl einflößen will.“¹³ Oder: „Die Inder sind von Natur ohne Mut (...). Deshalb haben Völker jenes Klimas einen weisen Gesetzgeber dringender nötig als Völker unseres Klimas.“¹⁴

In der Realpolitik sah es nicht besser aus. Thomas Jefferson verfasste die Amerika-

nische Unabhängigkeitserklärung mit dem kraftvollen Beginn: „We hold these truths to be self-evident that all men are created equal.“ Und gleichzeitig war er selbst Sklavenhalter. Auch die Frauen waren während und nach der Aufklärung weit von Gleichberechtigung entfernt. Die zwielichtige Rolle, die empirische Wissenschaften dabei gespielt haben, formell den Frauen gewährte Rechte nicht umsetzen zu müssen, hat sehr schön Janet Kourany herausgearbeitet. Im 17. Jahrhundert gelten Frauengehirne als zu kalt und zu weich; im 18. Jahrhundert gilt die weibliche Schädelhöhle als zu klein für ein leistungsfähiges Gehirn; im 19. Jahrhundert beeinträchtigen Belastungen des Gehirns das weibliche Fortpflanzungsvermögen.¹⁵ Die ideologische Funktion dieser wissenschaftlichen Zuschreibungen bestand hierbei darin, die Frau dem Mann für unterlegen zu erklären und sie aus „naturegegebenen“ Ursachen weiterhin Haus und Kind zuweisen zu können. Ähnliche historische Befunde, die zeigen, dass die während der Aufklärung proklamierten Normen sich erst Schritt für Schritt in langen Kämpfen realisierten, könnte man noch viele anführen – insbesondere in Bezug auf den transatlantischen Sklavenhandel¹⁶ und den schändlichen Umgang mit der sich herausbildenden Industriearbeiterschaft.¹⁷

In derzeit reüssierenden akademischen Feldern gilt der Liberalismus westlicher Prägung deshalb als reine Heuchelei. In einem Einführungsband zur „Critical Race Theory“ von Richard Delgado und Jean Stefancic liest man: „Anders als traditionelle Diskurse über bürgerliche Rechte (...) stellt die Critical Race Theory die Grundlagen der liberalen Ordnung in Frage: Die Theorie der Gleichheit, Argumentation auf der Basis von Rechten, aufklärerischen

Rationalismus, und die neutralen Prinzipien des Verfassungsrechts.“¹⁸

Ich denke, dass diese Sichtweise in ihrer dogmatischen Absolutheit erstens falsch und zweitens normativ unangemessen ist. „Falsch“ ist sie, weil sie nicht sieht, dass die Geschichte der letzten 200 Jahre faktisch darin bestand, sukzessive die Normen und die schmutzige Wirklichkeit zueinander zu führen – und zwar, indem Kritik der ausgeschlossen gesellschaftlichen Gruppen, die ihre Lebenslage an den liberal-demokratischen Normen maßen, auf ein häufig widerspenstiges, aber grundsätzlich lernbereites gesellschaftliches System stießen: Der Abolitionismus hat die Abschaffung der Sklaverei bewirkt; die Suffragetten-Bewegung das Wahlrecht für Frauen; in der 68er-Bewegung wurden auch scheinbar rein private Handlungen zum Gegenstand politischer Aktionen. Dies führte zu einer Liberalisierung des Scheidungsrechts, einer rechtlichen Gleichstellung von Frauen, der Abschaffung von diskriminierenden Gesetzen für die Schwarzen in den USA und von Strafrechtsparagrafen bei Homosexualität.

„Normativ unangemessen“ scheint mir diese Pauschalkritik deshalb, weil sie genau jene Normen preisgibt, die eine permanente Selbstkorrektur offener und freier Gesellschaften überhaupt erst erlauben. Auf welcher Grundlage könnten wir überhaupt noch die Ausbeutung im globalen Süden durch die reichen Staaten des Nordens, den Rassismus in manchem Polizeisystem oder die Diskriminierung von Homo- und Transsexuellen kritisieren, wenn wir eine „Argumentation auf der Basis von Rechten“ preisgeben? Analog verhält es sich mit der Wissenschaft: Die Standards der Rationalität und der Objektivität sind eben jene Normen, die die Wissenschaft

von unangemessenen Verzerrungen nach und nach befreien können. Ein Beispiel hierfür ist etwa die archäologische Forschung. Hier wurde erst durch den wissenschaftlichen Pluralismus – in diesem Fall von weiblichen Forscherinnen – darauf aufmerksam gemacht, dass Grabbeigaben und körperliche Spuren an Verstorbenen darauf hindeuten, dass Frauen in wesentlich höherem Maße in prähistorischen Zeiten an der Jagd beteiligt waren, als man dies aufgrund eines männlich geprägten Forschungsblicks zunächst annahm.¹⁹

Wissenschaft ist also, ebenso wie der liberale Rechtsstaat, fähig, die „Verkrustung von Vorurteilen“²⁰ durch eine Praxis kollektiver Kritik abzuwerfen und sich dadurch der Wahrheit anzunähern bzw. Regeln des Zusammenlebens zu finden, die immer mehr denjenigen gemäß sind, die ihnen folgen. Mit einem Wort: Die Kerninstitutionen liberaler Demokratien sind in hohem Maße lernfähig.

Diese Selbstkorrektur wird durch die schrittweise Ausweitung moralischer Sensibilitäten vorangetrieben. Die Spielräume für die Gleichachtung von Menschen und lebendigen Wesen überhaupt werden immer weiter ausgedehnt, worauf Peter Singer hingewiesen hat.²¹ Entgegen aller Vorurteile zeichnen sich moderne Staaten dadurch aus, dass sie im Vergleich zu nicht-staatlichen Gesellschaften zu einer massiven Reduktion von Gewalt innerhalb und zwischen Nationen geführt haben, wie Steven Pinker in Anschluss an Norbert Elias gezeigt hat.²² Auf der Grundlage einer Sicherung basaler körperlicher Integrität, ergibt sich die Möglichkeit, auch immer mehr *Subjekte*, also Frauen, Kinder, alte Leute, aber gegenwärtig auch Tiere, moralisch zu inkludieren. Moralisch relevant

werden auch zunehmend *Situationen, Handlungen* sowie *Institutionen*: Die Ächtung der Prügelstrafe, die Ächtung von Vergewaltigungen oder die Verabschiedung von Antidiskriminierungsrichtlinien sind einige Ausdrücke hiervon.

Neben der Ausweitung moralischer Sensibilitäten gibt es einen fundamentalen Wandel im *Verständnis* von Moral. Nach dem zweiten Weltkrieg entsteht der Moralforscherin Gertrud Nunner-Winkler zufolge ein anhand von Generationenvergleichen nachweisbares Moralverständnis, das sich durch folgende drei Aspekte auszeichnet:²³ Erstens wird Gleichheit zur Grundnorm. Dies bedeutet, dass Statusdifferenzen nach Alter oder Geschlecht zunehmend bedeutungslos und von universalistischen Kriterien überlagert werden. Zweitens wird das Prinzip der Schadensvermeidung zum Kern von Moral. Wenn eine Handlung – wie etwa homosexueller Verkehr unter konsentierenden Erwachsenen – keine Unbeteiligten tangiert, wird sie für legitim angesehen. Das heißt, sie darf keinesfalls mit den Mitteln des Strafrechts geregelt werden und sollte auch nicht sozialer Ächtung anheimfallen. Und drittens kommt es zu einer Trennung von Vorstellungen des guten Lebens einerseits von Gerechtigkeitsansprüchen andererseits. Menschen verinnerlichen mit dem Fortschreiten von Modernisierung zunehmend die normative Grundstruktur liberaler Demokratien. Das persönlich für „gut“ Befundene muss nicht mit dem übereinstimmen, was von allen als „gerecht“ erwartet werden kann. Es entsteht ein Raum der Selbstentfaltung, in dem man für die Verwirklichung seiner persönlichen Lebensziele keine Rechenschaft ablegen muss, sofern sie niemand anderem Schaden zufügen – und die wechselseitige Akzeptanz

dieses Raums der Selbstentfaltung bildet einen wesentlichen Teil der Vorstellung des „Gerechten“, die wir uns als Bürger:innen eines Gemeinwesens schulden.

Erstaunlicherweise wird die modernisierungstheoretische Diagnose, dass westliche Gesellschaften einen grundsätzlichen moralischen Fortschritt durchlaufen haben, von dem Weltbild, das den gegenwärtigen identitätspolitischen Ansprüchen zugrunde liegt, nicht geteilt. Postmodern inspirierte Identitätspolitik bezieht sich zwar objektiv auf diesen Rahmen, aber subjektiv liegt der Geltendmachung dieser Ansprüche ein gänzlich anders gelagertes Weltbild zugrunde.

2. Wissenschaft und postmodernes Weltbild

Die zentralen wissenschaftlichen Fragestellungen der Geschlechter- und Rassismusforschung sind zweifelsohne höchst relevant: Wie haben sich moderne Geschlechtervorstellungen herausgebildet? Was sind die historischen Wurzeln von Rassismus? Wie interagieren Geschlechtervorstellungen und rassistische Zuschreibungen mit sozialen Institutionen wie dem Recht, der Politik und der Wirtschaft? Wie spielen ‚race‘-bezogene und geschlechtsbezogene Diskriminierungslagen ineinander? Derartige Fragestellungen können durchaus auch politisch weiterführend sein, sofern man zwischen der wissenschaftlichen Analyse und den jeweiligen politischen Zwecksetzungen (die jede Wissenschaftler:in dann auch als Bürger:in vertreten kann) sauber trennt.

Ansätze wie die Critical Race Theory sowie weite Teile der Gender- und Queer-Studies sind allerdings in hohem Maße von dem radikal wissenschafts- und erkenntnis-skeptischen, in Teilen auch totalitären

Denken der Postmoderne der 1970er und 1980er Jahre durchzogen. Auf dieser Grundlage werden die oben genannten Fragestellungen überwiegend im Rahmen einer reinen „Agendawissenschaft“²⁴ abgearbeitet. Das heißt: Der politische Zweck wird vor den Karren der wissenschaftlichen Analyse gespannt. Der Preis hierfür ist hoch, denn die psychologische und soziale Bindung der Forscher:innen an die jeweilige Agenda korrumpiert leicht die Erkenntnisorientierung²⁵ – sofern man diese überhaupt noch für relevant hält, weil es ja auch in der Wissenschaft angeblich nur um „Deutungsmacht“ geht. Rassismus, Sexismus und Transphobie – die es freilich in Teilen der Gesellschaft gibt und als politisches Problem adressiert werden sollten – lauern dann schier „überall“.²⁶ Derartige Begriffsinflationen bergen freilich die Gefahr, dass die Diagnose des „Rassismus“ und des „Sexismus“ ihre analytische Trennschärfe *und* ihre durchdringende politische Relevanz verlieren. Wenn Rassismus „überall“ ist, dann ist Rassismus eben auch nirgends.

Gleichwohl sind derartige Begriffsinflationen beabsichtigt, denn aus der Perspektive einer Wissenschaftsauffassung, die Erkenntnisgenerierung und Aktivismus gleichsetzt, soll das Problem so groß und dringlich wie möglich erscheinen.²⁷ Aus dem politischen Veränderungswillen heraus ist das auch konsequent, denn eine *jede* Partei agiert so: Für die Wirtschaftsliberalen ist das Eigentumsrecht permanent bedroht, aus der Sicht von Sozialdemokraten und Linken stehen die Menschen stets vor dem sozialen Abstieg, und Konservative glauben immer traditionelle Werte in Gefahr.

Das Prinzip der systematischen Wirklichkeitsverzerrung hat mit dem postmodernen Sozialaktivismus auch die Sozial- und

Geisteswissenschaften erobert. Der Parteigeist wird denn auch nicht als Abkehr vom wissenschaftlichen Ethos angesehen, sondern – häufig mit einem Verweis auf die Frankfurter Schule, deren Säulenheilige Adorno und Horkheimer mit ihrer relativistischen Rede vom „Zeitkern“ der Wahrheit²⁸ durchaus anschlussfähig an die Postmoderne sind – als das legitime Resultat eines „kritischen“ und „emanzipatorischen“ Wissenschaftsverständnisses ausgewiesen. Dieses baut darauf, illegitimen Herrschaftsmechanismen ein Gegengewicht, eine alternative „Deutung“, entgegenzusetzen. Und darin, in dem Veränderungswillen nämlich, soll sich auch schon der Sinn von Wissenschaft erschöpfen, die dann eben nicht mehr ihre eigenen Prämissen hinterfragen darf, sondern der „Kritik“ spätestens dann, wenn es an die durchzusetzenden Normen geht, ein Stoppsignal vorhalten muss. „Kritik“ bedeutet hier also gerade *nicht*, alles hinterfragen zu können.²⁹

Wer da noch die regulativen Ideen von Wahrheit und Objektivität bemüht, wird als Naivling belächelt oder gleich als ewig gestriger Feind von Freiheit und Gleichheit gezeißelt. Die zentrale Grundlage für diesen manifesten Missbrauch der Machtposition, die einem der Status der Wissenschaftler:in verleiht, bilden gegenwärtig die Theorien der Postmoderne von Denkern wie Jean-François Lyotard, Michel Foucault oder Jacques Derrida. Einflussreiche feministische Denker:innen wie Donna Haraway oder Judith Butler bauen auf ihren Sichtweisen auf. Ich möchte die Grundannahmen dieser Geistesströmung³⁰ wie folgt charakterisieren:

1. Die postmoderne Erkenntnislehre ist relativistisch und vorrangig an sprachlichen Zeichensystemen orientiert. Wie

Menschen über die Welt sprechen, soll grundsätzlich von den „Diskursen“ der Sprecher:innen abhängig sein und nicht davon, ob die Welt durch eine Äußerung korrekter beschrieben wird als durch eine andere. (Genau dieser konstruktivistischen Erkenntnishaltung hängen übrigens auch die rechtspopulistischen Vertreterinnen von Fake News an, wenn sie von „alternativen Fakten“ sprechen.)

2. „Diskurse“ bezeichnen sprachliche Macht-Wissen-Netzwerke, die tief das Weltverständnis der Menschen prägen und auf diese Weise bestimmte, auch mögliche Sicht- und Seinsweisen ausschließen.

3. In anthropologischer Hinsicht vertritt die Postmoderne die Auffassung, dass es keine menschlichen Universalien gibt – und es gibt auch keine gemeinsam geteilte Vernunft.

4. In politischer Hinsicht geht das postmoderne Denken davon aus, dass es zwischen Macht und Wahrheit keinen Unterschied gibt. Jemandem mitzuteilen, wie die Welt beschaffen ist („Wahrheit“) und versuchen, ihn zu beeinflussen („Macht“) sind dasselbe.

5. Daraus ergibt sich eine fundamentale Wissenschaftsskepsis. Wissenschaftliche Diskurse werden als ein Mittel gesehen, um Herrschaft auszuüben.

6. Bei der Gestaltung der Gesellschaft kann es deshalb auch nur darum gehen, wer sich eben durchsetzt – an die Stelle von „Verständigung“ auf der Basis von Gründen, tritt, mit Lyotard, der prinzipielle Widerstreit zwischen unterschiedlichen Weltansichten, die nur im Modus von „Kämpfen“ ausgetragen werden können.

Die zentrale Paradoxie der gegenwärtigen Geltendmachung identitätspolitischer Ansprüche besteht nun darin, dass diese im Höchstmaß relativistische Erkenntnishaltung mit moralischen Ansprüchen an Gleichachtung und Gleichberechtigung aufgeladen wurde. Es entsteht die paradoxe Figur eines *moralistischen Relativismus*, die sich als höchst problematisch für Meinungs- und Wissenschaftsfreiheit, aber auch den gesellschaftlichen Frieden insgesamt, erweist. Warum? Drei Gründe:

Die Durchsetzung moralische Ansprüche...

... kann, erstens, nicht mehr *begründet*, sondern nur durchgesetzt werden, indem man Sprache und Denken der Menschen formt, missliebige Meinungen und Personen ausschließt, und damit ein konkurrierendes „Macht/Wissen“-Netzwerk errichtet. Diese totalitäre Denkfigur ist der Kern der postmodern inspirierten „Cancel Culture“.

...baut, zweitens, auf der *Instrumentalisierung von Wissenschaft* auf, denn diese gilt als besonders wirkmächtige Quelle der Formung von Sprache und Denken. Wer sich also innerhalb der Wissenschaft zu den Werten der Objektivität und der Rationalität bekennt, gilt demzufolge als politische Fürsprecherin „der Dominanzgesellschaft“, wer hingegen ein emanzipatorisches Wissenschaftsverständnis vertritt, steht auf der Seite „der Betroffenen“. Das Freund-Feind-Denken zieht also in die Wissenschaft selbst ein, und das ist auch unvermeidlich, wenn man Wissenschaft ausschließlich als Form von Deutungsmacht begreift.

...muss, drittens, in der *Dekonstruktion* genau jener Annahmen von Modernität münden, die die normative Quelle von

Gleichachtung und Gleichberechtigung darstellen. Das angewandte postmoderne Denken untergräbt also seine eigene normative Grundlage, was wiederum den Umstand bestärkt, dass gesellschaftliche Gruppierungen ohne Common Ground gegeneinander in Stellung gebracht werden. Es kann vor dem Hintergrund dieser Weltsicht nur zu einem Widerstreit radikaler Differenzen kommen, zu einem Win-Lose-Denken.

Auf den Punkt gebracht: Der Kern identitätspolitischer Ansprüche ist höchst modernistisch und speist sich aus den liberal-demokratischen Prinzipien der Gleichachtung und der Gleichberechtigung. Gleichzeitig lehnt das postmoderne Denken genau diesen Rahmen aber ab. In seiner politischen Wirkung mündet dies in einem autoritären Humanismus, der sich hier gegenwärtig Bahn bricht.

3. Generationenspezifische Effekte und postmoderne Theorien

Die Postmoderne zirkuliert schon seit mehr als 30 Jahren in Teilen der Geistes- und Sozialwissenschaften. Und es hat auch schon genug Auseinandersetzung mit ihnen gegeben. Man denke etwa an die „Science Wars“ in den 1990er Jahren.³¹ Diese Theorien diffundieren nun jedoch zunehmend in die auch außerakademisch relevante, soziale Wirklichkeit. Warum? Sie haben in dem liberalisierten und sensibilisierten Moralverständnis der Generation Z, also der um das Jahr 2000 geborenen, ihren sozialen Träger gefunden. Das ist der Grund, warum die Debatte um Identitätspolitik derzeit so durch die Decke geht: Unsauberes und teilweise totalitäres Denken, das zwischen Macht und Wahrheit nicht trennen möchte, trifft auf eine ausgeprägte moralische Sensibilität, die nach

dem Muster von Tocquevilles Paradoxon die gesellschaftlichen Verhältnisse umwälzt: Je mehr Gleichachtung und Gleichberechtigung voranschreiten, desto mehr stechen die noch nicht aufgelösten Restbestände von Missachtung, Diskriminierung und Ungerechtigkeit hervor.³² Die Generation Z ist, in moralsoziologischer Hinsicht, eine ungeduldige Generation, deren durchaus nachvollziehbare innere Haltung man alltagsweltlich so paraphrasieren könnte: „Jetzt müssen doch ENDLICH Rassismus und Sexismus einmal ein Ende haben.“

Jonathan Haidt und Greg Lukianoff zeigen in ihrem Buch „The Coddling of the American Mind“³³, dass die pauschale und dichotome Denkweise des Social-Justice-Mindset – „die Unterdrücker“ gegen „die Unterdrückten“, „die Kolonisierer“ gegen „die Kolonisierten“, „die Täter“ gegen „die Opfer“ – evolutionär angelegte tribalistische Muster aktiviert. Es wird dann, wie bei der Neuen Rechten auch, ein Kampf „Wir“ gegen „die Anderen“ geführt und die Welt gnadenlos in „gut“ und „böse“ unter Auslassung aller Zwischentöne und Graustufen eingeteilt. Diese undifferenzierten Denkmuster werden durch ein verändertes Erziehungsverhalten und die negativen psychologischen Auswirkungen digitaler Kommunikationsformen noch genährt. Ein überprotezierendes Erziehungsverhalten führt erstens dazu, dass Kinder kaum mehr autonome Räume erhalten, in denen sie eigenständig Lebensbewältigungsstrategien ausbilden können. Junge Leute werden deshalb immer sensibler gegenüber Angriffen von außen, weil ihnen die Strategien fehlen, autonom mit ihnen umzugehen. Diese Sensibilität wird, zweitens, dadurch verstärkt, dass die psychische Integrität junger Menschen durch

das fortwährende Bewertungs Panorama in sozialen Medien erheblich in Mitleidenschaft gezogen wurde. Seit der Einführung des Smartphones im Jahre 2009 ist in den USA ein dramatischer Anstieg von Depressionen (inkl. Suizide) und Angstkrankungen bei Jugendlichen und Studierenden zu verzeichnen. Vor allem junge Frauen sind hiervon betroffen. Man bildet kognitive Schemata aus, welche die soziale Umwelt unter der Perspektive des „Angriffs“ auf die eigene Person überakzentuieren – die bekannte Forderung, literarische Klassiker mit „Trigger-Warnungen“ zu versehen und „Safe Spaces“ einzurichten, ist die Folge.

In dieser sozialpsychologischen Gemengelage diffundieren jetzt Theorien in die soziale Wirklichkeit, die vor 25 Jahren außerhalb akademischer Sonderwelten nur auf entsetztes Kopfschütteln gestoßen wären: Etwa die Sichtweise der einflussreichen Critical Whiteness-Forscherin Robin DiAngelo, die die Auffassung vertritt, dass jede Weiße aufgrund ihres Weißseins automatisch und unausweichlich eine Rassist:in ist. Liberale Bekundungen wie „Ich sehe keine Hautfarben“ werden dort gerade als Bestätigung dieses dem Weißen an sich inhärenten Rassismus aufgefasst.³⁴ Wer behauptet, dass er kein Rassist ist, belegt genau dadurch die Tatsache, dass er ein Rassist ist, weil es das Merkmal von Rassisten ist, dass sie ihren Rassismus abstreiten. In der Verleugnung des eigenen Rassismus besteht die von DiAngelo diagnostizierte „White Fragility“. Diese Zerbrechlichkeit rührt daher, dass Menschen mit weißer Hautfarbe es nicht gewohnt sein sollen, sich in Kategorien der „Rasse“ zu betrachten, was unweigerlich auf die Erbschuld „der Weißen“ verweist. Schließlich konnten die von ko-

lonialen Denkmustern geprägten Vorfahren ihre eigene Hautfarbe mit mächtigen Definitionspraktiken als „Normalität“ ausweisen, von der alle anderen Menschengruppen als Abweichler definiert sind.

Würde man zu wissenschaftstheoretischen Schulungszwecken eine Theorie erfinden wollen, die sich auf perfekte Weise gegenüber einer Kritik ihrer Ausgangsannahmen immunisiert, man wäre wohl nicht weit weg von DiAngelos „White Fragility“-These gelandet.³⁵ Aber gerade deshalb, weil sie nämlich immer die „richtige“ Antwort bereithält, kommt sie in einer Generation, die sicherstellen möchte, dass die alten Zöpfe nun endlich abgeschnitten werden, so außerordentlich gut an.

Ähnliches gilt für die gehypte These, dass Geschlecht eine „soziale Konstruktion“ sei. Diese Aussage ist insofern banal, wenn damit gemeint ist, dass es massive historische und kulturelle Unterschiede in den Geschlechtervorstellungen gibt. Judith Butler vertritt allerdings die – aus Gründen sprachlicher Dunkelheit sehr schwer erkennbare und deshalb nie ganz festzuzurende – These, dass Geschlecht in beliebiger Form revisionierbar und in Gänze vom „Diskurs“, also dem „Darüber-Reden“, abhängig ist.³⁶ Das ist natürlich falsch. Geschlecht hat eine unzweideutige biologische Grundlage, und zwar unabhängig davon, wie Menschen darüber reden. Die Entstehung menschlichen Lebens geschieht ausnahmslos durch die Verknüpfung zweier DNA-Stränge und einer daraus folgenden Bauanleitung von Proteinketten, die einen hochkomplexen Organismus hervorbringen, der atmet, verdaut, fühlt, denkt. Welche Geschlechtervorstellungen in einer Gesellschaft vorherrschen, ist für diesen Prozess gänzlich unerheblich. Kinder bekommt man nicht vom Gender, sondern nur vom

Sex, wie der Soziologe Richard Münch einmal gesagt hat.

Und auch geschlechtliche Mischformen (früher hat man „Zwitter“ gesagt) sowie der spielerische Umgang mit sozialen Geschlechtervorstellungen sind in irgendeiner Form auf diese biologisch fixierte Binartität bezogen. Politisch spricht viel dafür, geschlechtliche Mischformen sozial und rechtlich anzuerkennen („divers“), denn in der Maxime, dass ein jeder nach seiner Façon selig werden können soll, liegt ja gerade die Anziehungskraft liberaler Gesellschaften. Warum aber die Durchsetzung dieses liberalen Prinzips mit den Mitteln eines wirklichkeits-, wissenschafts- und sprachzerstörenden Obskurantismus bewerkstelligt werden soll, will nicht einleuchten. Lieber sorgen wir doch dafür, dass die modernen Wissenschaften, auch die Sozial- und Geisteswissenschaften, intakt bleiben. Und Judith Butler und ihre Anhänger:innen mögen statt dessen den Weg gehen, der in liberal-demokratischen Gesellschaft einem jeden offensteht: Sie treten *als Bürger:innen* für ihre politischen Auffassungen ein. Max Webers Position stellt hier nach wie vor die Richtschnur dar: „Die Fähigkeit der Unterscheidung zwischen Erkennen und Beurteilen und die Erfüllung sowohl der wissenschaftlichen Pflicht, die Wahrheit der Tatsachen zu sehen, als der praktischen, für die eigenen Ideale einzutreten, ist das, woran wir uns wieder stärker gewöhnen wollen.“³⁷

Der Grund für die enorme *politische* Attraktivität der Butlerschen Gender-Lehre liegt allerdings darin, dass sie genaue diese „Unterscheidung zwischen Erkennen und Beurteilen“ systematisch einreißt, und man sich so mit dem Verweis auf „Wissenschaft“ und „Forschung“ gegenüber politischen Einwänden abschirmen kann

– immerhin hat man das mit der „Konstruktion von Geschlecht“ ja an ganz honorigen Universitäten herausgefunden. Wer jetzt widerspricht, der bekommt es mit einer „Expert:in“ – samt der damit verknüpften „Deutungsmacht“ – zu tun. Menschen, die dieses Milieu nicht von innen kennen, sind dann erst einmal eingeschüchtert. Und wenn sie weiterhin opponieren, dann finden sie fatalerweise am ehesten noch Gehör bei rechtspopulistischen Parteien, die ihre Existenz ebenfalls auf Wissenschaftsleugnung und Obskurantismus aufbauen.

4. Resümee

Normativ betrachtet – und das heißt hier: gemessen an den Werten aufgeklärter, liberaler Gesellschaften – weisen die gegenwärtigen identitätspolitischen Vorstöße eine positive und eine negative Seite auf. Auf der positiven Seite sehen wir die Sensibilisierung für das Leid anderer und für illegitime Machtverhältnisse, die Liberalisierung des Moralverständnisses und den dringenden Wunsch den bislang Ungehörten eine Stimme zu geben; auf der negativen Seite sehen wir einen undifferenzierten Tribalismus aus „Opfern“ und „Privilegierten“; die Vorstellung, man könne andere von seiner Weltsicht nicht mehr überzeugen, sondern sie nur noch durchsetzen; wir sehen die Auffassung, jeder Weiße sei unausweichlich ein Rassist, der sich für Kolonialismus und Patriarchat zu schämen und es auch zu verantworten hat; wir sehen mit der These, Zweigeschlechtlichkeit sei gänzlich „konstruiert“, eine Sozialforschung am Werk, die sich auf dem epistemischen Niveau von Halluzinationen bewegt und dies für politische Aufklärung hält.

Bestärken sich nun Millionen junger Menschen mit all den psychologischen Varia-

blen, denen sie sonst noch unterliegen, wechselseitig in diesen Auffassungen, so entsteht der Prototyp eines konformistischen Group Think. Man hält andere Meinungen und Sichtweisen schlicht nicht mehr aus. Der nachvollziehbare Wunsch, hehre moralische Normen, die lange proklamiert, aber nur unzureichend eingelöst wurden, endlich zu realisieren, paart sich mit einer Sozialforschung, der es opportun erscheint, politische Wünsche ungeniert zum Maßstab ihrer Analysen zu machen.

Das Toleranzgebot gilt nun nur noch gegenüber jenen, die die eigene Meinung ohnehin teilen. Wer anderer Meinung ist, bekommt es mit, Achtung, Wissenschaftler:innen zu tun. Man tritt für die offene Gesellschaft ein und landet, indem man sich von ihren zentralen Institutionen, nämlich einer kritisch hinterfragenden Wissenschaft und einer experimentell-demokratischen Politik Schritt für Schritt verabschiedet, schließlich bei einer geschlossenen Gesellschaft mit den Zügen einer Werte-Expertokratie. Darin liegt die Tragödie postmodern inspirierter Identitätspolitik.

Anmerkungen:

¹ Dieser Beitrag basiert auf einem Vortrag, den ich am 14. Januar 2022 bei einem überregionalen Moralforschertreffen unter dem Titel „Identitätspolitik – ein moralsoziologisches Erklärungsmodell“ gehalten habe. Ich danke den Teilnehmer:innen für die rege Diskussion und weiterführende Hinweise.

² Georg Auernheimer (2020): Identität und Identitätspolitik, Köln: PapyRossa, S. 41.

³ The Combahee River Collective Statement. <https://www.blackpast.org/african-american-history/combahee-river-collective-statement-1977> („This focusing upon our own oppression is embodied in the concept of identity politics. We believe that the most profound and potentially most radical politics come directly out of our own identity, as opposed to working to end somebody else’s oppression.“).

⁴ Helen Pluckrose und James Lindsay (2020): *Cynical Theories. How Universities Made Everything about Race, Gender, and Identity – and Why This Harms Everybody*, London: Swift Press.

⁵ https://journalofcontroversialideas.org/volumes_issues/1/1.

⁶ Neil Gross and Solon Simmons (2007): *The Social and Political Views of American Professors*. <https://www.researchgate.net/publication/228380360>

The Social and Political Views of American Professors; Jon A. Shields and Joshua M. Dunn (2016): *Passing on the Right. Conservative Professors in the Progressive University*, New York: Cambridge University Press.

⁷ Matthias Revers und Richard Traunmüller (2020): *Is Free Speech in Danger on University Campus? Some Preliminary Evidence from a Most Likely Case*. In: *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie* 70, S. 471-497, S. 482. <https://doi.org/10.1007/s11577-020-00713-z>.

⁸ Remi Adekoya, Eric Kaufmann und Thomas Simpson (2020): *Academic freedom in the UK*. Policy Exchange. <https://policyexchange.org.uk/publication/academic-freedom-in-the-uk-2/>; Jim McConalogue und Jack Harris (2020): *Academic Freedom in Our Universities: the Best and the Worst*. <https://www.civitas.org.uk/publications/academic-freedom-in-our-universities>.

⁹ Locke ist zwar der Auffassung, dass beiden Elternteilen die gleichen Rechte über ihre Kinder zukommen und dass die Frau in ihrer Beziehung zur bürgerlichen Gesellschaft voll vertragsfähig ist, aber innerhalb der Beziehung der Ehegatten zueinander sieht er die Vorherrschaft des Mannes als gerechtfertigt an. So sei es „notwendig, daß irgendwo eine letzt Entscheidung gefällt wird, d.h. daß es irgendwo eine Herrschaft gibt. Diese fällt naturgemäß dem Manne als dem fähigeren und stärkeren Teil zu.“ Zudem sieht er das Erbrecht als auf die männlichen Nachkommen beschränkt an. Die Knechte, also die Lohnarbeiter, sowie Sklaven schließt Locke von seiner berühmten Begründung des Eigentumsrechts, der zufolge alles, was durch eigener Hände Arbeit erworben wird, zum rechtmäßigen Besitz werden soll, explizit aus. Bettler sieht Locke mangels Eigentum nicht als gleichwertig an; sie müssten zum Arbeiten gezwungen werden.

Vgl. John Locke (1970 [1690]): *Zwei Abhandlungen über die Regierung*, Frankfurt/M.: Suhrkamp, S. 250, 320, 251. Insgesamt ist John Lockes Theo-

rie der bürgerlichen Freiheit und Gleichheit an den Status des Eigentums gebunden, wie McPherson herausgearbeitet hat, vgl. (1967): *Die politische Theorie des Besitzindividualismus. Von Hobbes bis Locke*, Frankfurt/M.: Suhrkamp, S. 219ff.

¹⁰ Iris Därmann (2020): *Undienlichkeit. Gewaltgeschichte und politische Philosophie*, Berlin: Matthes & Seitz, S. 81ff.

¹¹ „Die Klasse der Weißen ist nicht als besondere Art in der Menschengattung von der der Schwarzen unterschieden; und es gibt gar keine verschiedenen Arten von Menschen. Dadurch würde die Einheit des Stammes, woraus sie hätten entspringen können, abgeleugnet; wozu man, wie aus der unausbleiblichen Anerbung ihrer klassischen Charaktere bewiesen worden, keinen Grund, vielmehr einen sehr wichtigen zum Gegenteil hat.“ Vgl. Immanuel Kant (1977 [1775]): *Bestimmung des Begriffs einer Menschenrasse*. In: *Schriften zur Anthropologie, Geschichtsphilosophie, Politik und Pädagogik* 1. Werkausgabe Band XI, Frankfurt/M.: Suhrkamp, S. 63-82, hier S. 75.

¹² Immanuel Kant (1980 [1788]): *Über den Gebrauch teleologischer Prinzipien in der Philosophie*. In: ders.: *Schriften zur Naturphilosophie*. Werkausgabe Band IX, Frankfurt/M.: Suhrkamp, S. 137-170, hier S. 159f.

¹³ Montesquieu (2001 [?]): *Vom Geist der Gesetze*, Stuttgart: Reclam, S. 263.

¹⁴ Ebd., S. 265.

¹⁵ Janet A. Kourany (2002): *The Gender of Science*, Upper Saddle River, NY: Prentice Hall.

¹⁶ Charles W. Mills (1997): *The Racial Contract*, Ithaca and London: Cornell University Press.

¹⁷ Hieraus resultierte die Bewunderung von Popper für Marx, die er bei aller Kritik an seinem deterministischen Geschichtsbild hegte. Für Marx sei, so Popper, letztlich die Freiheit aller Menschen das Ziel der historischen Entwicklung gewesen. Sein Eintreten gegen die leibzerschmetternden Schindereien, der sich Männer, Frauen und Kinder in der Frühzeit der Industrialisierung zu unterwerfen hatten, würde Marx „für immer einen Platz unter den Befreier der Menschheit sichern.“ Karl Popper (2003 [1945]): *Die offene Gesellschaft und ihre Feinde*. Band II. *Falsche Propheten: Hegel, Marx und die Folgen*, Tübingen: Mohr Siebeck, S. 143.

¹⁸ Richard Delgado und Jean Stefancic (2017): *Critical Race Theory. An Introduction*, New York: New York University Press, S. 3 („Unlike traditional civil

rights discourse, which stresses incrementalism and step-by-step progress, critical race theory questions the very foundations of the liberal order, including equality theory, legal reasoning, Enlightenment rationalism, and neutral principles of constitutional law.“)

¹⁹ Martin Carrier (2013): Werte und Objektivität in der Wissenschaft. In: *Information Philosophie*, Heft 4, S. 8-13, S. 9f. <https://www.information-philosophie.de/?a=1&t=7280&n=2&y=1&c=1>.

²⁰ Popper 2003, op. cit., S. 258.

²¹ Peter Singer (2011): *The Expanding Circle: Ethics, Evolution, and Moral Progress*, Princeton: Princeton University Press.

²² Stephen Pinker (2011): *Gewalt. Eine neue Geschichte der Menschheit*, Bonn: bpb.

²³ Gertrud Nunner-Winkler (2000): Wandel in den Moralvorstellungen. Ein Generationenvergleich. In: Wolfgang Edelstein und dies. (Hrsg.): *Moral im sozialen Kontext*, Frankfurt/M.: Suhrkamp, S. 299-336.

²⁴ Sandra Kostner (2020): Wenn Wissenschaftler eine Agenda verfolgen: wie Macht und Moral an den Hochschulen die Erkenntnis ersetzen. In: *Neue Züricher Zeitung* vom 13. Januar. <https://www.nzz.ch/feuilleton/wissenschaft-wenn-macht-und-moral-die-erkenntnis-ersetzen-ld.1533154>.

²⁵ Noretta Koertge (2013 [2000]): Wissenschaft, Werte und die Werte der Wissenschaft. In: Gerhard Schurz und Martin Carrier (Hrsg.): *Werte in den Wissenschaften. Neue Ansätze zum Werturteilsstreit*, Berlin: Suhrkamp, S. 233-251, hier v. a. S. 249f.

²⁶ Instrukтив hierfür ist etwa die Auffassung des Rassismusforschers Aladin El-Mafaalani, der davon ausgeht, dass sich die „die Wirkung der rassistischen Geschichte überall entfaltet. Überall meint: in den gesellschaftlichen und kulturellen Tiefenstrukturen. Selbst dann, wenn dies keiner mehr möchte. (...) Wo auch immer wir nach Rassismus suchen, werden wir etwas finden.“ Vgl. (2021): *Wozu Rassismus. Von der Erfindung der Menschenrassen bis zum rassismuskritischen Widerstand*, Köln: Kiepenheuer & Witsch, S. 40.

²⁷ So schreibt etwa die Rassismus-Forscherin Natasha A. Kelly: „Bevor wir also in einer politischen Sackgasse enden, ist es wichtig, sich über eine allgemeingültige Definition von Rassismus zu verständigen, die davon ausgeht, dass Rassismus strukturell ist und sich in allen Ebenen der Gesellschaft eingeschrieben hat. Erst dann können wir lösungsorientierte Maßnahmen dagegen entwickeln, die Erfolg versprechen und nicht nur symbolisch sind.“

Natasha A. Kelly (2021): *Rassismus. Strukturelle Probleme brauchen strukturelle Lösungen!* Zürich, Atrium Verlag, S. 14.

²⁸ Max Horkheimer und Theodor W. Adorno (1998 [1947]): *Dialektik der Aufklärung*, Frankfurt/M.: Fischer, S. IX.

²⁹ In akademischen Milieus, die einem solchen Kritikverständnis folgen, ist dann auch häufig zu beobachten, dass sich die Wissenschafts-Aktivist:innen um ihre politischen Ziele wie um ein den Fokuspunkt der Tätigkeit bildendes Lagerfeuer versammeln und im Umgang mit Abweichung primordiale sozialpsychologische Prozesse einsetzen. Ernst Topitsch hat dies nach wie vor gültig beschrieben. Während sich das wissenschaftliche Verfahren strikt an dem Muster von Erfolg und Fehlschlag orientiert und jedem Dogmatismus zu entsagen ist, verhalten sich „die Dinge im Bereich der normativ-emotionalen Verhaltenssteuerung, wo soziale Gleichförmigkeit und Gruppensolidarität gewährleistet werden sollen“ geradezu entgegengesetzt: „Eine Abweichung von der Gruppennorm wird nicht geduldet und gegebenenfalls massiv geahndet; schon eine distanzierte, zu Annahme oder Ablehnung gleichermaßen bereite Haltung, wie sie der experimentierenden Informationssuche entspricht, gilt als bedenklich, ja als ‚zersetzende Skepsis‘.“ Ernst Topitsch (1971): *Sprachlogische Probleme der sozialwissenschaftlichen Theoriebildung*. In: ders., *Logik der Sozialwissenschaften*, Köln und Berlin: Kiepenheuer & Witsch, S. 17-36, hier S. 22.

³⁰ Einen Überblick über die Debatten zur Postmoderne bzw. zum Poststrukturalismus bieten: Manfred Frank (1984): *Was ist Neostukturalismus?* Frankfurt/M.: Suhrkamp; Manfred Frank (1988): *Die Grenzen der Verständigung. Ein Geistergespräch zwischen Lyotard und Habermas*, Frankfurt/M.: Suhrkamp; Peter Koslowski, Robert Spaemann und Richard Löw (1986): *Moderne oder Postmoderne?* Weinheim: VCH; Wolfgang Welsch (1987): *Unsere postmoderne Moderne*, Weinheim: VCH; Wolfgang Welsch (1988): *Wege aus der Moderne: Schlüsseltexte der Postmoderne-Diskussion*, Weinheim: VCH; Bernd Goebel und Fernando Suárez Jahr (Hrsg.) (2007): *Kritik der postmodernen Vernunft. Über Derrida, Foucault und andere zeitgenössische Denker*, Darmstadt: Wissenschaftliche Buchgesellschaft; Catherine Belsey (2013 [2002]): *Poststrukturalismus*, Stuttgart: Reclam; Nils Heisterhagen (2018): *Kritik der Postmoderne. Warum der*

Relativismus nicht das letzte Wort hat, Wiesbaden: Springer VS.

³¹ Wegweisend war hier die Postmoderne-Parodie des US-amerikanischen Physikers Alan Sokal, dem es 1996 gelang, einen Aufsatz mit dem Titel „Die Grenzen überschreiten: Auf dem Weg zu einer transformativen Hermeneutik der Quantengravitation“ in der Zeitschrift „Social Text“ zu platzieren. Seine Parodie war darauf gerichtet, die unter postmodernen Denker:innen verbreitete Mode zu entlarven, halb verstandene Theorien aus der Physik und der Mathematik heranzuziehen, um ihre Leser:innen mit hochintellektuell klingenden Etiketten zu beeindrucken. Schlagere waren etwa die „differentielle Topologie“, das „Gödelsche Unvollständigkeitstheorem“ und – natürlich – die „Relativitätstheorie“ sowie die „Quantenmechanik“. Zur näheren Auseinandersetzung mit diesen Denker:innen vgl. Alan Sokal und Jean Bricmont (1999): *Eleganter Unsinn. Wie die Denker der Postmoderne die Wissenschaften mißbrauchen*, München: Beck. Der französische Originaltitel lautet: „*Impostures Intellectuelles*“. Mitte der 1990er Jahre erschienen weitere, auch heute noch sehr lesenswerte Bände zur Auseinandersetzung mit der Postmoderne. Vgl. etwa Paul R. Gross und Norman Levitt (1994): *Higher Superstition. The Academic Left and its Quarrels with Science*, Baltimore und London: The Johns Hopkins University Press; Paul R. Gross, Norman Levitt und Martin W. Lewis (1996): *The Flight from Science and Reason*, New York: The New York Academy of Sciences; Noretta Koertge (1998): *A House Built on Sand*, New York und Oxford: Oxford University Press.

³² Wie dies der französische Adelige Alexis de Tocqueville am Beispiel der französischen Revolution dargestellt hat: Revolutionäre Situationen treten nicht dann ein, wenn es den Menschen am schlechtesten geht, sondern wenn angesichts erster Besserungen der Situation die Erwartungen an eine weitere Besserung schneller steigen als die Realität Schritt hält. Vgl. Alexis de Tocqueville (1959 [1856]): *Der alte Staat und die Revolution*. Bremen: Carl Schünemann Verlag, S. 219.

³³ Greg Lukianoff und Jonathan Haidt (2018): *The Coddling of the American Mind. How Good Intentions and Bad Ideals are Setting Up a Generation For Failure*, New York: Penguin Press.

³⁴ Vgl. Robin DiAngelo (2018): *White Fragility*, Boston: Beacon Press. Zum Einfluss dieses Buches auf die deutsche Debatte um Rassismus und auch

auf von Bund und Ländern unterstützen Anti-Rassismustrainings und -broschüren vgl. Judith Sevinç Basad (2021): *Schäm dich! Wie Ideologinnen und Ideologen bestimmen, was gut und böse ist*, Frankfurt/M.: Westend, S. 115ff.

³⁵ Zur Immunisierung gegenüber jeder Form von Kritik als ein Merkmal von Pseudo-Wissenschaften vgl. Jack W. Grove (1989): *In Defence of Science: Science, Technology and Politics in Modern Society*. Toronto: University of Toronto Press, 147f.; Grundlegend zum Prinzip der Abschirmung von Glaubenssystemen gegenüber Kritik vgl. Hans Albert (1991 [1968]): *Traktat über kritische Vernunft*, Tübingen: Mohr Siebeck.

³⁶ Hier einmal eine Kostprobe aus ihrem bekanntesten Buch „*Gender Trouble*“: „Schon jetzt ist klar, daß ein Weg, die innere Stabilität und den binären Rahmen für den Begriff des ‚Geschlechts‘ zu sichern, darin bestehen muß, die Dualität der Geschlechter (sexes) in ein vordiskursives Feld abzuschieben. Diese Produktion des Geschlechts als vordiskursive Gegebenheit muß umgekehrt als Effekt jenes kulturellen Konstruktionsapparates verstanden werden, den der Begriff ‚Geschlechtsidentität‘ (gender) bezeichnet.“

Judith Butler (1991): *Das Unbehagen der Geschlechter*, Frankfurt/M.: Suhrkamp, S. 24. Butler behauptet hier zwei Dinge, die sich einfacher wie formulieren lassen: (1) Die sozial geteilte Auffassung, dass Menschen verschiedene Geschlechter haben, ist ein Versuch, die biologische Zweigeschlechtlichkeit zu stabilisieren. (2) Die sozial geteilte Vorstellung, dass Geschlechtern bestimmte psychologische und soziale Eigenschaften zukommen, legt die Ansicht fest, dass Menschen zwei Geschlechter haben. Drückt man diese Thesen in einfachen Worten aus, ist klar, dass sie jeder Grundlage entbehren.

³⁷ Max Weber (1988 [1904]): Die ‚Objektivität‘ sozialwissenschaftlicher und sozialpolitischer Erkenntnis. In: ders.: *Gesammelte Aufsätze zur Wissenschaftslehre*, Tübingen: Mohr, S. 146-214, hier S. 155, Hervorhebung vom Verfasser.

Zum Autor:

Studium der Soziologie in München, Promotion in Frankfurt a.M.

Korrespondenz: christian-zeller@t-online.de